

7. EU-UMWELTAKTIONSPROGRAMM

30.10.2013 ☺

THEMATISCHE EINFÜHRUNG

Seit 1974 legt die EU in sogenannten Umweltaktionsprogrammen (UAPs) den übergeordneten Rahmen für EU-Umweltpolitik fest. In UAPs werden Prioritäten definiert, Ziele gesetzt und in manchen Fällen auch Zeitpläne festgelegt. Seit dem 6. Umweltaktionsprogramm (2002-2012) werden UAPs im Ordentlichen Verfahren, also unter gleichberechtigter Beteiligung von Rat und EU-Parlament verhandelt. Das Ergebnis ist anschließend für alle Institutionen bindend.

ZUM 7. UMWELTAKTIONSPROGRAMM

Die EU-Kommission hat Ende November 2012 den Entwurf für ein 7. Umweltaktionsprogramm präsentiert. Das UAP legt die Schwerpunkte der EU-Umweltpolitik bis 2020 fest. Außerdem skizziert es eine Vision, nach der die europäischen BürgerInnen 2050 „gut innerhalb der ökologischen Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten leben“. Schwerpunkte des Programms sind:

- Naturkapital
- Übergang zu einer ressourceneffizienten, umweltschonenden CO₂-armen Wirtschaft
- Umwelt und Gesundheit
- Umsetzung von EU-Umweltrecht
- Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik
- Ökologisierung des Budgets und Marktmechanismen
- Umweltpolitikintegration
- Nachhaltigkeit der Städte in der EU
- externe Dimension von Umweltpolitik

PROZESS & DOKUMENTE

2010-12-20

EU-UmweltministerInnen fordern die EU-Kommission in ihre [Schlussfolgerungen](#) auf, ein 7.UAP zu entwickeln

2011-08-31

EU-Kommission bekennt sich in ihrer [Abschlussevaluation](#) des 6. UAP zu einem 7. UAP

2011-09-20

EU-Kommission veröffentlicht ihren [Ressourceneffizienzfahrplan](#)

2012-04-20

EU-Parlament verabschiedet einen [Initiativbericht](#) mit Forderungen zum Inhalt des 7. UAP

2012-06-11

EU-Umweltminister verabschieden [Schlussfolgerungen](#) zu den Inhalten des 7. UAP

2012-11-29

EU-Kommission veröffentlicht ihren [Entwurf für das 7. UAP](#)

2012-12-19

Vorstellung und [erste Diskussion](#) des UAP im Umweltministerrat

2013-04-24

[Erste Lesung](#) im Umweltausschuss des EU-Parlaments.

2013-06-19

Einigung zwischen Vertretern von Rat und Parlament im Trilog-Verfahren

2013-10-22

Erste Lesung im [Plenum des EU-Parlaments](#) - formelles Beschließen des UAP.

NÄCHSTE SCHRITTE

2013-11

Erste Lesung im Rat der EU

2013-10-22

Veröffentlichung im Gesetzesblatt der EU

ZENTRALE INHALTE

Umsetzung von Umweltpolitik

Die Entscheidungsträger einigten sich, Kapazitäten für Inspektionen auf EU-Ebene auszubauen. Die Umsetzung soll aber vor allem über weiche Instrumente wie Peer Reviews und mehr Kooperation verbessert werden. Außerdem wird die Kommission auf freiwilliger Basis partnerschaftliche Durchführungsvereinbarungen mit Mitgliedstaaten treffen, die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von EU-Umweltrecht haben. Der Rechtszugang in Umweltfragen soll dem Richterrecht des EuGH entsprechen.

Ressourcenpolitik

Die Ressourcenindikatoren und -ziele, die derzeit in einer [High Level Platform on Resource Efficiency](#) diskutiert werden, sollen Bestandteil des 7. UAP werden. Das Programm legt fest, dass es Ressourcenschonungsziele und -indikatoren geben soll, lässt die Ausgestaltung aber offen. Es soll ein umfassender Politikrahmen für nachhaltige Produktpolitik auf EU-Ebene entstehen. Das Abfallaufkommen soll bis 2020 absolut sinken und nur noch nicht rezyklierbare Abfälle deponiert oder verbrannt werden.

Klimaziele

Es soll ein verbindliches Klima- und Energiepaket für 2030 kommen, ob es neben einem Ziel für CO₂-Reduktion auch wieder Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz geben wird, lässt das Programm aber offen.

Biodiversität

Die Kommission wollte mit dem 7. UAP die vollständige Umsetzung der [Biodiversitätsstrategie](#) festschreiben. Im finalen Text ist nun von einer Stärkung der Anstrengungen zur Umsetzung der Strategie die Rede. Außerdem einigten sich die Entscheidungsträger darauf, die Verhandlungen über eine EU-weite Regelung zum Bodenschutz wieder aufzunehmen, allerdings nicht auf Basis des Kommissionsentwurfs zur [Bodenschutzrichtlinie](#) von 2006.

Ökologisierung von Finanzpolitik

Das Programm enthält keine konkreten Zielvorgaben und keine Definition für den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Fortschritt soll über die Nationalen Reformprogramme abgefragt werden. Ökologische Steuerreformen sollen lediglich in Betracht gezogen werden.

POSITIONEN DER GESETZGEBENDEN INSTITUTIONEN

	EU-Kommission	Umweltausschuss des EU-Parlaments	Bundesregierung	EU-Ministerrat
Umsetzung von Umweltrecht	EU-weite Kriterien für Inspektionen; Schaffung von Kapazitäten auf EU-Ebene	Schaffung von Kapazitäten auf EU-Ebene; Vollständige Umsetzung der Aarhus Konvention.	Skeptisch gegenüber Eingriff in Umsetzungskompetenzen der Mitgliedstaaten.	Nur weiche Instrumente, Informationsaustausch Inspektionen nur auf Bitte der Mitgliedstaaten
Biodiversität	Vollständige Umsetzung der Biodiversitätsstrategie; Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Bodenschutzrichtlinie; Entwicklung von Zielen für nachhaltige Flächennutzung	Rechtlich bindendes Instrument für Bodenschutz auf EU-Ebene; Ziele für nachhaltige Flächennutzung; explizite Betonung der Umsetzung von Natura-2000.	Teil der Sperrminorität gegen die Bodenschutzrichtlinie.	Bodenschutz großer Streitpunkt: Mehrheit letztendlich für ein rechtlich bindendes zielorientiertes Instrument zum Bodenschutz auf EU-Ebene.
Klima- und Energieziele	Anfang 2013 Orientierungsdebatte zu Klima- und Energiezielen nach 2020.	Verbindliche 2030-Ziele für Klima, Erneuerbare und Energiesparen festlegen auf Basis der Meilensteine aus dem Fahrplan für eine CO ₂ -arme Wirtschaft.	Keine offizielle Position zu der Frage, ob es wieder drei Ziele für Klima, Erneuerbare und Energiesparen geben soll.	Sehr umstrittene Frage: manche Mitglieder insgesamt gegen Klima, andere wollen nur CO ₂ -Ziel, wieder andere für zwei oder drei Ziele.
Ressourcenschonungsziele und Indikatoren	Debatte zu Zielen und Indikatoren in High Level Resource Platform. Umweltziele für besonders ressourcenintensive Sektoren Ernährung, Mobilität und Gebäude.	Bis 2015 Ressourcenschonungsziele auf Basis von Fußabdrucksindikatoren zu Wasser, CO ₂ , Fläche und Material; ehrgeizige Überarbeitung der Abfallpolitik.	Fokussierung auf Ressourcenproduktivität. Festhalten an energetischer Nutzung von Abfällen.	Keine Fußabdruckperspektive bei Indikatoren, Wording zur Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie geschwächt gegenüber Umweltausschuss.
Ökologische Steuerreform und Abbau umweltschädlicher Subventionen	Die Kommission will ein Bekenntnis der Mitgliedstaaten zu den Themen. Keine Zeitpläne oder EU-Maßnahmen geplant.	Bis 2014 Pläne für den Abbau umweltschädlicher Subventionen auf Basis der OECD-Definition; bis 2020 Verschiebung der Steuerlast von Arbeit auf Ressourcennutzung um zehn Prozent.	Gegen Europäisierung der Steuerpolitik.	Kein Zeitplan und Definition für Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie ökologische Steuerreform, Ressourcenindikator im EU-Semester umstritten

POSITION DER UMWELTVERBÄNDE

Ziele und Zeitpläne fehlen

Umweltverbände kritisieren grundsätzlich, dass im Kommissionsentwurf zwar verschiedene Ziele angekündigt werden, aber quantitative Zielvorschläge fehlen oder zumindest Zeitpläne, bis wann die Kommission Ziele vorlegen will.

Ressourcenschonungsziele konkretisieren

Umweltverbände fordern absolute und verbindliche [Ressourcenschonungsziele](#), die an den Indikatoren Wasserfußabdruck, CO₂-Fußabdruck, Materialfußabdruck und Landfußabdruck gemessen werden. Die Messung des Ressourcenverbrauchs relativ zum BIP wird abgelehnt.

Umsetzung von EU-Umweltrecht verbessern

Die Umsetzung und Durchsetzung von bestehendem EU-Umweltrecht muss dringend verbessert werden. Die von der Kommission vorgeschlagene Schaffung von „Kapazitäten“ auf EU-Ebene sowie die Inspektion der Umsetzung auf nationaler Ebene und die Verbesserung des Rechtszugangs sind dabei absolut zentral.

Bodenschutzrichtlinie verhandeln

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine EU-weite Regelung zu Bodenschutz wurde begrüßt. [Böden](#) haben eine große Bedeutung für den Schutz von Klima, Biodiversität und Wasser.

WEITERE INFORMATIONEN

Umweltzustand:

Europäische Umweltagentur (2010): [The European environment – state and outlook](#)

OECD (2012): [Umweltausblick bis 2050](#)

Sachverständigenrat für Umweltfragen (2012): [Umweltgutachen. Verantwortung in einer begrenzten Welt.](#)

Positionen:

DNR et al. (2012): [Das 7. Umweltaktionsprogramm](#) - Positionspapier von 23 deutschen Umweltverbänden

EEB (2012): [EEB position on the 7th Environment Action Programme](#). Staying within ecological boundaries.

IEEP (2012): [Running out of time? Stepping up action for Europe's environment](#)

Kontakte:

[Antje Mensen](#) (DNR), [Pieter de Pous](#) (EEB), [Claus Mayr](#) (NABU/Birdlife), [Ariadna Rodrigo](#) (FOEE)

FÖRDERHINWEIS: Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.

Erstellt von:



Deutscher Naturschutzring
EU-Koordination,
Antje Mensen
Tel: +49 (0)30 678177570
eu-info@dnr.de
www.eu-koordination.de